



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/258 - 10. November 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Das Phänomen</u> Ost und West begrüßen Kennedys Wahlsieg Auch die Neutralen positiv	39
2 - 3	<u>Die Rechenkunststücke des Bundesfinanzministers</u> Sozialausgaben im "engeren" und "weiteren" Sinne Von Heinrich G. Ritzel, MdB	97
4 - 5	<u>Österreichs außenpolitisches Konzept</u> Handelsbeziehungen zu allen Staaten Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	69
6	<u>Achtung, Gift!</u> MdB Wellen - und die "wirksamste" Verteidigung	43

* * *
* * *

Das Phänomen

Ost und West begrüßen Kennedys Wahlsieg - auch die Neutralen positiv

sp- Selten wohl ist es einem Politiker beschieden gewesen, seinen Sieg gleichermassen von Ost und West gefeiert zu sehen. Kennedy dürfte der erste sein, dem dies widerfährt. Insofern kann man das Ereignis jetzt schon als Phänomen bezeichnen.

Vergleicht man zum Beispiel das Glückwunschtelegramm Dr. Adenauers mit dem des Sowjetministerpräsidenten Nikita Chruschtschow an den siegreichen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten, dann könnte man beinahe versucht sein, die Texte auszuwechseln. Gewiss, Herr Chruschtschow ist in bezug auf die Vergangenheit deutlicher geworden als Herr Adenauer. Aber doch finden sich in beiden Telegrammen Worte wie Abrüstung, Frieden und Ähnliches mehr. Man baut also auf den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten und traut ihm zu, er würde den Gordischen Knoten der Ost-West-Verstrickung endlich lösen.

Woso viel gute Wünsche den Beginn einer neuen Aera der amerikanischen Politik begleiten, sollte man annehmen, dass der Welt tatsächlich bald ein neuer Frühling erspriesst.

Die Dinge sind aber zu ernst, um Anlass zu Spott zu geben. So paradox es klingen mag - in der aus Ost und West fast gleichlautenden Gratulationsterminologie steckt tatsächlich etwas Gemeinsames. Das ist das Wissen um die Wahrscheinlichkeit, dass eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Ost und West die Welt in den kollektiven Selbstmord treiben würde. Es ist auch die sicher richtige Vermutung, dass die Völker in Ost und West die Beendigung des Kalten Krieges ersehnen und endlich wissen wollen, ob es nach dem jahrelangen Sägeirasseln nicht auch eine politische Komponente in der Ost-West-Auseinandersetzung geben könnte.

Im Widerspruch zu Chruschtschows Glückwunschtelegramm an Kennedy stehen aber wieder einmal die Chinesen. Sie meinen, dass Kennedy genauso aggressiv und reaktionär sei, wie Nixon oder Eisenhower. Aber das ist eine Sache, die zwischen Moskau und Peking ausgemacht werden muss, obwohl uns ihre Registrierung notwendig erscheint.

Wichtig ist auch, dass man in den militärolockfreien Staaten den Sieg Kennedys positiv bewertet. In Neu-Delhi, Kairo und Belgrad wird erklärt, der neue Präsident sei nicht nur ein dynamischer Politiker, sondern habe auch Ideen, deren Realisierung geeignet sein könnte, das Streben der Neutralen nach Ausgleich zwischen Ost und West besser als bisher in der Weltpolitik zum Einsatz zu bringen.

So kann man in ganzen wohl sagen, dass Kennedy ein Hoffnungs- und Vertrauenskapital in das Weisse Haus mitbringt, das ihm die Kraft verleihen möge, Grosses zu leisten.

Die Rechenkunststücke des Bundesfinanzministers

Von Heinrich C. Ritzel, MdB

Alle Jahre wieder rechnet der Bundesfinanzminister der staunenden Öffentlichkeit die großen Sozialleistungen des Bundes vor, insbesondere dann, wenn zum Wahlkampf gerüstet wird, so auch in diesem Jahre. Allerdings eröffnete uns der Bundesfinanzminister, daß er künftig unterscheiden zwischen den Sozialausgaben im engeren Sinne und den Sozialausgaben im weiteren Sinne, Die Sozialausgaben im engeren Sinne bezifferte er in seiner Etatrede für 1961 mit rund 12 Milliarden DM, die Sozialausgaben im weiteren Sinne dagegen mit 17,7 Milliarden DM.

Jeder Versuch, diese beiden Zahlen im Haushaltsplan oder in den zahlreichen Gliederungen zu finden, scheitert aber. Auch in dem sonst begrüßenswerten ausführlichen Finanzbericht 1961 sind diese Zahlen weder zu finden noch dargestellt, wie sie sich errechnen. Dafür findet man aber in dem sogenannten "Schaubild" eine Zusammenrechnung der Sozialausgaben des Bundes, die als Ausgaben für "soziale Sicherung" bezeichnet sind. Diese sind aber wiederum weder identisch mit den Sozialausgaben im engeren noch mit denen im weiteren Sinne und auch nicht mit den Sozialausgaben für soziale Sicherung nach dem Funktionsplan, wie man eigentlich annehmen sollte, da es sich um die gleichen Begriffe handelt. So betragen die Ausgaben für soziale Sicherung nach dem Schaubild 1960 15,8 Milliarden DM, nach dem Funktionsplan für 1960 jedoch 13,6 Milliarden DM und für 1961 14,1 Milliarden DM. Es gibt also offenbar nicht nur Sozialausgaben im engeren und weiteren Sinne, sondern auch noch Sozialausgaben im "weitesten" und im "allerweitesten" Sinne. Vielleicht läßt sich der "Sinn" noch mehr ausweiten.

Die SPD hat in den letzten Jahren wiederholt auf diese Zahlenakrobatik des Bundesfinanzministers hingewiesen, die sich auch die Regierungspartei zu eigen gemacht hat. Es wird Zeit, daß endlich Klarheit geschaffen wird, welche Ausgaben des Bundes Sozialausgaben sind und welche nicht, sonst kommt noch jemand auf den Gedanken, die Dienst- und Versorgungsbezüge der Bundesbediensteten zu den Sozialausgaben zu rechnen, weil der Bund seine Bediensteten nach sozialen Gesichtspunkten besoldet und betreut.

Wenn die echten Sozialausgaben festgestellt werden sollen, muß zunächst geklärt werden, was keine Sozialausgaben sind. In den Statistiken des Bundesfinanzministers und bei globalen Zusammenfassungen werden häufig einzelne Bundesleistungen aus optischen Gründen für soziale Ausgaben erklärt. Hierunter fallen ganz besonders die Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues. Immer wieder hat der Bundesfinanzminister versucht, die Bundesleistungen für den Wohnungsbau den Sozialausgaben hinzurechnen. Auch in diesem Jahr muß er die Wohnungsbau Mittel zu Sozialausgaben im weitesten Sinne gestempelt haben, anders ist die Rekordsumme von 17,7 Milliarden DM Sozialausgaben im weitesten Sinne nicht zu erklären.

die der Bundesfinanzminister in seiner Rede genannt hat. Offenbar hält sich der Bundesfinanzminister bei seiner Maximalrechnung selbst nicht ganz wohl, sonst hätte er bekannt gegeben, wie sich diese Zahl zusammensetzt. In allen bisherigen Finanzstatistiken sind die Aufwendungen für den Wohnungsbau stets gesondert aufgeführt worden.

Die bisher weiteste Sozialrechnung wurde in den Schaubildern aufgeführt. Dort sind die Sozialausgaben für 1960 "nur" mit rund 15,8 Milliarden DM ausgewiesen. Für 1961 sind noch keine Schaubilder verteilt worden. Es besteht immerhin noch die Hoffnung, daß der Bundesfinanzminister endlich von seiner Zahlenspielerlei abläßt. Daher soll hier noch einmal auf die abweichende Darstellung der Sozialausgaben im Schaubild und in den Funktionsplänen hingewiesen werden, die auf jeden Fall beseitigt werden muß.

Im Funktionsplan werden als Sozialausgaben des Bundes u.a. die Verwaltungskosten des Bundesausgleichsamtes sowie die Bundeszuschüsse zum Ausgleichsfonds und die Verstärkungsmittel für den Härtefonds aufgeführt. Im Schaubild werden darüber hinaus noch die gesamten, den Bundeshaushalt nur durchlaufenden Lastenausgleichsabgaben den Sozialausgaben hinzu gerechnet, während sie im Funktionsplan dem allgemeinen Finanzwesen zugeordnet sind, wo sie richtigerweise als eine Art von Finanzumlage auch hingehören. Warum also die unterschiedliche Behandlung in den verschiedenen Statistiken? Entweder weiß die eine Hand des Bundesfinanzministers nicht, was die andere tut oder es geschieht mit Absicht in der Hoffnung, daß die Widersprüche nicht bemerkt werden. Mit solchen Methoden sollte endlich Schluß gemacht werden.

Aber auch die Gliederung der Sozialausgaben im Funktionsplan, die in Gegensatz zu den übrigen vom Bundesfinanzminister herausgegebenen Haushaltsquerschnitten noch die engste ist, kann nicht ohne Widerspruch bleiben. Trotz wiederholter Hinweise der SPD wurden z.B. Versorgungsbezüge der verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht nach wie vor den Sozialausgaben zugeteilt. Dadurch werden die Aufwendungen für die soziale Sicherung um rund 1,6 Mrd. DM aufgebläht. Die Einbeziehung der Versorgungsbezüge nach Gesetz 131 GG wird damit begründet, daß diese Aufwendungen soziale Kriegsbligeleistungen seien. Aber auch bei dieser Begründung widerspricht sich der Bundesfinanzminister, denn schon seit sechs Jahren werden die Versorgungsbezüge nach Gesetz 131 GG, die früher im Einzelplan 40 - Soziale Kriegsbligeleistungen - veranschlagt wurden, zusammen mit den übrigen Versorgungsleistungen des Bundes in einem besonderen Einzelplan "Versorgung" statistiert. Mit der Schaffung dieses besonderen Sachplans, der von der sonstigen institutionellen Gliederung des Bundeshaushalts abweicht, wird die Auffassung der SPD ausdrücklich bestätigt, daß die Bezüge nach Gesetz 131 GG nicht den Sozialausgaben, sondern den Versorgungsbezügen zuzuordnen sind.

Umso bedauerlicher ist es, daß die sachlichen Grundlagen immer wieder verlassen werden, um aus propagandistischen Gründen einen Erfolg zu bewirken, aber es ist nur ein Scheinerfolg. Ich kann in diesem Zusammenhang nur die Worte wiederholen, die der Abgeordnete Benz bei der ersten Beratung des Haushalts 1961 im Plenum des Bundestage gesagt hat: Keine Partei sollte ein Interesse daran haben, den Wahlkampf auf dem Rücken des Bundeshaushalts auszutragen. Das setzt aber eine loyale Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Parlament voraus. Es ist Sache der Regierung den ersten Schritt zu tun, eine objektive Berichterstattung über den Bundeshaushalt wäre ein hoffnungsvoller Anfang.

+ + +

Österreichs außenpolitisches Konzept

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Die einstimmige Annahme einer Südtirolresolution bei den Vereinten Nationen wird in Österreich als neuerlicher Erfolg einer zielbewußten Außenpolitik gewertet. Am Tage nach ihrer Rückkehr aus New York stellten sich die beiden Leiter der österreichischen UNO-Delegation, Außenminister Dr. Bruno Kreisky (SPÖ) und Staatssekretär Prof. Dr. Franz Gschnitzer (ÖVP) der Presse und gaben damit vor der interessierten Öffentlichkeit einen kurzen Rechenschaftsbericht. Am gleichen Tage berichtete Außenminister Dr. Kreisky auch auf einer Tagung des SPÖ-Parteirates, dem höchsten sozialistischen Forum nach dem nur alle zwei Jahre stattfindenden Parteitag. Durch die Annahme der erwähnten Resolution ist das Südtirolproblem wie Dr. Kreisky sagte, aus dem Halbdunkel der diplomatischen Kulissen in das Licht der internationalen öffentlichen Meinung gerückt. Österreich könne mit dem Erreichten vollauf zufrieden sein.

Was ist Südtirol zweifellos eines der wichtigsten und gewiß auch eines der aktuellsten außenpolitischen Probleme Österreichs, aber keineswegs das einzige. Österreich kann als kleines und wirtschaftlich schwaches Land nur um Sympathien werben, nicht aber ein militärisches oder wirtschaftspolitisches Gewicht in die Waagschale werfen. Österreich ist überdies ein neutrales Staatswesen und muß alles vermeiden, was die Neutralität gefährdet, wobei die Österreicher Wert auf die Feststellung legen, daß für sie die Neutralität ein militärischer Begriff ist. Gefährdungslosigkeit und "Neutralismus" sind hier nicht gefragt. Niemand weicht ein Hehl daraus, daß sich Österreich zur humanistisch-demokratischen Tradition und Gedankenwelt des Westens bekennt. Und wenn auch der Westen nach Auffassung der österreichischen Sozialisten nicht immer ein höheres Beispiel demokratischer und fortschrittlicher Regierungskunst an den Tag legt, sondern leider nur allzu oft das Gegenteil davon, so ist den Österreicher die mangelhafte Demokratie des Westens noch unvergleichlich lieber als die vollendete Diktatur des Ostens.

Der östliche Totalitarismus wird von schätzungsweise 97 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung konsequent abgelehnt, dennoch aber ist man nicht der Meinung, daß 50 Kilometer östlich von Wien die Welt aufhört. Österreich maßt sich nicht an, anderen Völkern beizubringen, unter welchen politischen Systemen sie leben sollen. Die Österreicher reden anderen nichts drein, weil sie selber nicht wollen, daß man ihnen

dreinredet. Aber sie versuchen, freundschaftliche oder zumindest korrekte Beziehungen auch zu den Staaten des Ostens herbeizuführen, einschließlich Jugoslawiens, das man eigentlich nicht zum Ostblock zählen kann. Es bleibt ja auch dahingestellt, ob es etwa in Spanien oder in Jugoslawien eine größere Diktatur gibt.

In außenpolitischen Debatten des Österreichischen Parlaments haben sich sozialistische Abgeordnete wiederholt dafür ausgesprochen, daß auch China in die Vereinten Nationen aufgenommen wird, denn was jetzt dort China repräsentiert, ist es ja nicht wirklich. Ein System abzulehnen ist nämlich etwas anderes als ein abzulehnendes System von der Mitverantwortung auszuschließen, in diesem Falle von der Mitverantwortung an der Sicherung des Weltfriedens. In Österreich glaubt man nicht, daß etwas nicht sein kann, weil es nicht sein darf. Österreich will anderen Ländern ein Beispiel geben, aber nicht kalte Schultern zeigen. So hat dieser Tage Bundeskanzler Ing. Julius Raab den Parteichef der rumänischen Kommunistischen Partei, Ministerpräsident Gheorghe-Gheorghiu Dej empfangen und mit ihm wirtschaftliche Fragen erörtert. Zur gleichen Zeit waren polnische Offiziere Gäste des Österreichischen Landesverteidigungsministers Ferdinand Graf (ÖVP) und zwei polnische Regierungsmitglieder hatten in den letzten Monaten Österreich offizielle Besuche abgestattet.

In Österreich hat man aber auch die großzügige amerikanische Marshall-Plan-Hilfe, die Grundlage des erfolgreichen Wiederaufbaus, nicht vergessen und ist dafür dankbar. Die Dankbarkeit geht allerdings nicht so weit, um etwa Verletzungen der österreichischen Neutralität widerspruchslos hinzunehmen. Vor vier Jahren, während der Suezkrise haben NATO-Flugzeuge österreichischen Luftraum über Tirol trotz des Protestes der österreichischen Bundesregierung verletzt. Weil die Behauptungen nicht verstummen, daß dies auch heute noch geschieht, hat man dieser Tage in Tirol Großraum-Radar-Stationen zur Überwachung eingesetzt.

Österreichs außenpolitisches Konzept - von ÖVP und SPÖ gleichermaßen getragen - beruht einerseits auf der Wahrung der Neutralität und Demokratie, andererseits auf dem Wunsch nach guten Beziehungen, einschließlich solcher des Handels, zu allen Ländern, die dazu bereit sind.

Achtung, Gift !

sp- Ausdrücklich möchten wir sagen: wir beabsichtigen nicht, der Zeitung, in der wir diese Wendung fanden, einen Vorwurf zu machen; wir wollen auch nicht unterstellen, hier sei absichtlich und wohlüberlegt Gift ausgestreut worden. Es ist die Methode, die wir anprangern wollen und für die ein Beispiel für andere, leider für viele, steht:

Der Abgeordnete Peter Wellen, so lesen wir, sei deshalb aus der CDU ausgeschieden und zur SPD übergetreten, weil er "vor der entschiedenen Verteidigungspolitik seiner Regierung, seiner Partei und seiner Fraktion" zurückschreckte und es werden allgemeine Wehrpflicht und atomare Waffen als Bestandteile der "entschiedenen Verteidigungspolitik" genannt. Dies ist die heimliche Vergiftung: der Leser erfährt abermals, dass der, der das Vaterland und die Freiheit verteidigen will, entschieden und opferbereit, eben die allgemeine Wehrpflicht und die atomaren Waffen bejahen muss.

Ist es nur Gedankenlosigkeit oder ist es Leichtsinns oder Unkenntnis, was hier und in ähnlichen Fällen bewaltet? Wenn der Bundesminister für Verteidigung dieses Horn bläst, dann weiss man, dass weder das eine, noch das andere, sondern daß Parteipolitik und Wille zur Macht ihn zu solchen unsachlichen und unwürdigen Behauptungen verleiten. Denn er weiss wie wir und andere, auch unter den deutschen Sachverständigen besteht keine Übereinstimmung darüber, ob Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung für eine auf deutscher Boden und in der Bundesrepublik aufgestellten Streitmacht in der Wehrpflicht und in Atomwaffen liegen. Aber von einer deutschen Stellungnahme abgesehen: auch andere Länder und Militärsachverständige ausserhalb der Bundesrepublik widersprechen der Meinung, dass die beste Verteidigungsmöglichkeit nur auf diesem Wege gegeben sei.

Die Frage ist mindestens offen und es gibt keine Partei, die eine "beste" oder "entschiedenste" Verteidigung will und eine andere, die eine weniger entschiedene Haltung einnimmt, wenn es um die Freiheit und die Unversehrtheit des eigenen Landes und Volkes geht. Diese immer von neuen versuchte Vergiftung der öffentlichen Meinung durch Irreführung und durch Täuschung über die Problematik der notwendigen Entscheidungen muss deutlich angeprangert werden, wenn wir aus der fruchtlosen und gefährlichen Diskussion herauskommen wollen, die dem Lande und seinen Interessen schadet und bestenfalls nur einer Partei nützen könnte, wer der beste Verteidiger des Landes sei.

Es wird nur aber nicht nur das Wort "Verteidigung" gebraucht, sondern man spricht und schreibt von der "Verteidigungspolitik". Wenn das heissen soll, dass man mit den Forderungen nach Wehrpflicht und Atomwaffen "Politik" zu machen wünscht, so wäre der Unwahrhaftigkeit die Krone aufgesetzt: denn dann ginge es nicht um die beste Verteidigung, um die zweckvollsten Waffen, sondern um eine Drohung. Dass sie am untauglichen Objekt geschieht, ist überall bekannt - was das Tun nur umso verwerflicher macht.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel